

weisen" Regierung möglich wäre. Und die jüdische Sozialdemokratie ist nichts anderes als ein Teil der deutschen Sozialdemokratie überhaupt. Nur verliert sie dort, wo sie es sich leisten kann, ohne den Beifall des kapitalistischen Staates zu gefährden, durch Scheinopposition die Massen darüber hinwegzuführen. Das aber wollen die linken Führer zu genau und deshalb versuchen sie krampfhaft, sich von der Mitverantwortlichkeit für die Reichspolitik zu drücken. Diese Angst vor der Mitverantwortlichkeit wird charakteristisch durch die Dresdner Volkszeitung selbstermächtig wiederhergestellt.

„Die jüdische Sozialdemokratie hatte an der Politik der Gesamtpartei im Reich in den letzten Monaten manches auszuweisen, und sie hat es auch an Kritik nicht fehlen lassen. Das Mißvergnügen über die Reichspolitik wird für unsere jüdischen Parteigenossen kein Anlaß sein, mit verminderter Kraft in den Wahlkampf zu gehen.“

Künftiger als mit dieser Stellungnahme kann man wohl kaum einen Wahlkampf eröffnen, es sei denn, man heiße **Albrecht Schwarz** und fungiere als Landtagspräsident. Der Befürworter der verfallenen Geschäftsordnung im Landtag läßt es sich nicht nehmen in der Monatsnummer der Volkszeitung seine „eigene Meinung“ zu verteidigen. Natürlich juristisch. Zunächst zeigt Herr Schwarz, daß er sich von Herrn Hecht beleidigt fühlt durch die Abweisung von der Teilnahme an der Kabinettbildung. Wie katastrophal Herr Schwarz keine Rolle aufspielt, zeigt folgender Satz aus seinem Artikel:

„Eins möchte ich aber, falls es Herrn Hecht entgangen sein sollte, ausdrücklich betonen: ich bin nicht nur Landtagspräsident, sondern auch Staatsdiener, weih also genau, welche Pflichten ich zu beachten habe, wenn ich den Verhandlungen eines Kabinetts beiwohne.“

Das übrige ist eine Erklärung gegen die Anerkennung einer Landtagsauflösung durch das Urteil des Staatsgerichtshofes. Daß er dabei der Regierung das Recht abspricht, bis zur Neuwahl die Geschäfte zu leiten und sie dem Landtag zurpricht, ist weit weniger wichtig in dieser Situation als die Tatsache, daß Herr Schwarz die Auflösung des Landtags nicht anerkennt. Ob nicht ein wenig dabei die vorausgesetzten Diäten eine Rolle spielen, für deren Eintreibung ja Herr Schwarz hoffen soll, weiß man nicht. Auch das ist unwichtig im Verhältnis zu der Tatsache, daß auch er für eine Hinausschiebung der Festlegung des Wahltermins ist. Diktiert ist natürlich eine solche Stellungnahme hauptsächlich von der Erkenntnis über die schweren Differenzen in der eigenen Partei, die in den Mitgliedermaßen den Kampf zwischen Arbeiterelementen und korrupter Bürokratie und innerhalb der Führerschaft den Kampf mehrerer Klängen untereinander zur Folge hat. Auch hier wird der Versuch gemacht, sich reinzumachen von dem Sündenkonto der sozialdemokratischen Reichspolitik. Recht plump verläßt der Herr Landtagspräsident die Ansicht von der kommunistischen Abrechnung mit den typischen Redensarten des parlamentarischen Hausrechts zu bemühen, den das ganze Argument, daß er zur Verteidigung der Position der SPD gegenüber den Kommunisten hat, weiß folgenden Wortlaut auf:

„Die Kommunisten dagegen dürfen überhaupt nicht maulen, sonst fliegen sie...“

So glaubt Herr Schwarz die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Reformismus und Revolution, zwischen Sozialdemokratie und kommunistischer Partei umgehen zu können. Er irr! Ich werde dieser Wahlkampf wird stehen unter dem Zeichen der Auseinandersetzung der kommunistischen Partei mit dem offenen und verhaltenen Bürgerblock, mit legalem und illegalem Sozialismus, mit Sozialverrat und zerrissener Demagogie.

Die kommunistische Partei

Wird in diesem Wahlkampf ebensowenig den Feinden der Arbeiterklasse gehalten, auf einer Dreiecksseite den Kampf um Grund- und politische Praxis zu umgehen, wie sie es den Liquidatoren gestattet hat, ihren Kampf gegen den Charakter der kommunistischen Partei als der Vertreterin des unerlösten revolutionären Klassenkampfes durch Drohnebel zu verhüllen. Das Kennzeichen dieses höchsten Wahlkampfes wird die Beziehung klarer Fronten sein. Daran werden die Versuche der sozialdemokratischen Führerschaft ebensowenig etwas ändern, wie die Bogromsche der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Sankt-Lakaien gegen die kommunistische Partei. Die kommunistische Partei wird diesen Wahlkampf zu einer Mobilisierung der werktätigen Massen in Stadt und Land für die Herstellung einer roten Klassenfront, einer wirklichen proletarischen Einheitsfront benutzen und die Lehren der vergangenen Jahre und Monate, vor allem die Lehren über sozialdemokratische Theorie und Praxis in Sachsen und im Reich den Massen darlegen.

Die Betriebsratswahlen ebenso wie die Vorbereitungen zum 1. Mai und für uns Dresdner und Ostländer die Vorbereitungen für die Durchführung des Reichsparteitages der KPD geben die Möglichkeit, in diesem Kampf nicht nur zahlenmäßige Erfolge zu erzielen, sondern, was weit wichtiger ist, die Klarheit über den Weg zur Befreiung der werktätigen Massen von der Herrschaft der Bourgeoisie durch die Niederringung des Reformismus aller Schattierungen zum Gemeinbesitz der entscheidenden Schichten der jüdischen werktätigen Bevölkerung zu machen.

Oppositionserfolg bei der Leipziger Straßenbahn

Am Donnerstag und Freitag vergangener Woche fanden bei der „Großen Leipziger Straßenbahn“ die Wahlen zum Betriebsrat statt. Dabei erhielt die Liste der Opposition 2187 Stimmen, die der vereinigten Brandenburger und Reformisten 2336 Stimmen, sowie einige Splitterlisten rund 600 Stimmen. Nach diesem Stimmresultat erhält die Opposition 8 Betriebsratsmitglieder und 1 Arbeiterrat, die reformistische Liste 9 Betriebsratsmitglieder und die Splitterlisten der Christen und Gelben 1 Betriebsrats- bzw. Arbeiterratsmitglied.

Es waren insgesamt 3550 Belegschaftsmitglieder wahlberechtigt, ihr Wahlrecht haben ausgeübt 5276, das sind mehr als 90 Prozent. Die Wahlbeteiligung ist also eine gute zu nennen.

Zu der Wahl selbst ist zu bemerken, daß an der Spitze der reformistischen Liste der aus der KPD ausgeschlossene Neugeburt Kästner stand, der diesmal mit Hilfe der Gewerkschaften wieder in den Betriebsrat kumpelt und aller Voraussicht nach mit Hilfe der Christen und Gelben wieder Vorsitzender wird.

Streik in den Sangerhausener Barbarossawerken

Halle, 26. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die 300 Mann starke Belegschaft des Barbarossawerkes in Sangerhausen hat die Arbeit niedergesetzt. Seit Wochen sind die Löhne nicht mehr ordnungsgemäß ausgezahlt worden. Das Werk gehört der zahlungsunfähigen Firma Alfred Eberhardt & Co.

33 Betriebsräte-Kandidaten sollen aus dem Fabrikarbeiterverband ausgeschlossen werden

Soweit bei den Chemie- und Fabrikarbeitern Betriebsratswahlen stattgefunden haben, hatten die Listen mit revolutionären Kandidaten über die Reformisten. Frey, Gröbig und Konforten bekamen damit die Zustimmung für ihre Zustimmung zum Panzerkreuzerbau und für ihre reformistische Politik. Die Wahl roter Räte bedeutet gleichzeitig die Verurteilung der Nichtbündigung des Mantelarbeiters und der Lohnpolitik durch die Führung des Fabrikarbeiterverbandes.

Brenn und der KPD-Vorstand sehen deutlich ihre Positionen in den Betrieben vollends verschwinden. Sie greifen daher wie 1923/24 zu den Mitteln der Massenauflösung. Nachdem bereits eine große Anzahl führender oppositioneller Kollegen in den verschiedenen Fabriken ausgeschlossen wurden, sollen jetzt alle Mitglieder, die auf Oppositionslisten kandidierten, gleichfalls aus dem Verband ausgeschlossen werden. Der Anfang wurde bereits in Bremen gemacht, wo 1 Kollegen die Ausschließungsdrohung bekommen haben.

Der nächste Angriff erfolgte in H. S. S. und F. S. S. In den H. S. S. Fabrikwerken und der chemischen Kaffee-Fabrik F. S. S. in Frankfurt hatten die Arbeiter gleichfalls Oppositionslisten auf.

33 freigewerkschaftliche Kandidaten bekamen vom Haupt-

vorstand die Aufforderung, sofort von der Liste zurückzutreten, widrigenfalls gelten sie als ausgeschlossen.

Die Verbandsbureaucratie will also durch organisatorische Drohungen erreichen, daß in den Chemiebetrieben sozialdemokratische Betriebsräte, die nicht das Vertrauen der Belegschaft haben, antreten. Das heißt also, daß die SPD-Betriebsräte bei den bevorstehenden Lohnbewegungen helfen sollen, im Interesse der Koalitionspolitik für die Festhaltung der Hungerlöhne einzutreten. Kein ehrlicher Arbeiter wird vor solchen Drohungen zurückweichen. Die Wegnahme der Mitgliederrechte darf nicht zur Folge haben, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition von den Arbeitern getrennt wird. Der Verbandsangestellte Klein in Berlin erklärte, und wenn sie noch Hunderte ausschließen müssen, das wäre ganz egal, jeder, der nicht die Befehle der Ortsverwaltungen befolgt, würde ausgeschlossen werden.

Die Ausschüsse in Bremen und Hacht sind die Einleitung zu weiteren Massenauflösungen. Auch in Berlin sollen über 60 Betriebsräte-Kandidaten ausgeschlossen werden. Auch in Mitteldeutschland wird die Spaltung weiter getrieben.

Die Fabrikarbeiter werden trotz dieser Maßnahmen weiterhin geschlossen zusammenstehen, um gegen Unternehmertum und Reformismus zu kämpfen.

KPD gegen den 1. Mai

In der Bremer Bürgerchaft brachte unsere kommunistische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag ein, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die dringliche Behandlung dieses Antrages gemeinsam mit den Bürgerlichen ab. Der Antrag kommt deshalb erst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Da die nächste Bürgerchaftssitzung erst nach Wochen stattfindet, bedeutet das die offene Sabotage des kommunistischen Antrages. Die KPD will nicht, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag erklärt wird. Nur in einem Lande der Welt ist der 1. Mai ein wirklicher Kampf- und Feiertag, in Sowjetrußland!

Ablehnung des Schiedspruches in der feinteramischen Industrie

Berlin, 26. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorwärts meldet: Der Schiedspruch zum Lohn- und Ueberzahlabkommen für die deutsche feinteramische Industrie ist

von beiden Parteien abgelehnt worden. An der vereinbarten Erhöhung des Tariflohnes hätten höchstens 15 bis 20 Prozent der an dem Lohnstreit beteiligten 70.000 Arbeiter Anteil gehabt. 75 bis 80 Prozent, d. h. alle Arbeiter wären vom 1. April 1929 bis 31. Mai 1930, also 14 Monate, ohne jede Zulage geblieben.

Die feinteramischen Arbeiter dürfen sich mit dieser Lohnnahme ihrer Verbandsbureaucratie, die nur eine halbe ist, nicht zufrieden geben, sie müssen jetzt selbst alle Vorbereitungen zur Aufnahme des Kampfes treffen und überall rote, revolutionäre Streikleistungen machen.

Der Reformisten einzige Maßnahme: „Schlichtungsausschuß“

Berlin, 26. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Angestellten und dem Verband Berliner Metallindustrieller haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Gehaltsforderung von 12 1/2 Prozent wurde abgelehnt und ein Schlichtungsausschuß vereinbart, der am 3. April zusammentreten soll.

Glänzender Oppositionserfolg in Bochum

Bochum, 26. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem die Gewerkschaftsopposition bereits bei den Betriebsratswahlen des Bochumer Vereines ein glänzendes Ergebnis erzielt — es wurde wie folgt gewählt: Opposition 3043 Stimmen, 10 Mandate, Reformisten 2452 Stimmen, sieben Mandate, Christen 1173 Stimmen, 3 Mandate — konnte jetzt auch bei den Betriebsratswahlen der Bochumer Stahlindustrie ein großer Erfolg erzielt werden.

Bei einer Wahlbeteiligung von 91,7 Prozent erhielt die Liste der Opposition 1134 Stimmen, 8 Betriebsräte, die Liste der Reformisten nur 231 Stimmen, die der Christen mit 177 Stimmen und je 1 Betriebsrat begnügen.

Damit hat die Opposition in den beiden ausschlaggebenden Bochumer Metallbetrieben die Mehrheit erobert.

Erfolge auch im mitteldeutschen Braunkohlenrevier

Berlin, 26. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der sozialdemokratische „Abend“ von gestern bringt eine Meldung aus Halle über das Ergebnis der Betriebsratswahlen aus 28 Kohlenbetrieben im mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Es wird mitgeteilt, daß die freigewerkschaftliche Liste 11408 Stimmen bekommen hat. Dazu schreibt der „Abend“: „Bergleich sucht man hier nach den Stimmen für die Liste der unorganisierten KPD.“

Des Rätsels Lösung liegt darin, daß die kommunistische Partei die freigewerkschaftliche Liste in vielen Braunkohlenrevieren befehligt hat. Die vorläufigen Ergebnisse sprechen von einem Vormarsch der oppositionellen Kollegen auch in dem Braunkohlenrevier. Die freigewerkschaftlichen Listen sind keineswegs mit SPD-Listen gleichzusetzen.

Bergarbeiter gegen Hufemann — für rote Betriebsräte!

Detschik, 26. März. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Betriebsratswahlen im Pagan-Detschiker Kohlenrevier erreichte die Opposition auf der Gewerkschaft Deutschland, Abteilung Deutschland, einen glänzenden Sieg. Die Opposition erhielt 919 Stimmen und 7 Betriebsräte, die Reformisten erhielten 558 Stimmen und 4 Betriebsräte die Christen mit 113 Stimmen erhielten keinen Betriebsrat. Die Reformisten hatten eine eigene Liste eingereicht. Als die Opposition ebenfalls eine eigene Liste aufstellte, wurden die oppositionellen Kandidaten aus dem Bergarbeiterverband ausgeschlossen. Die Bergarbeiter haben jetzt die Antwort erteilt.

Der Teppichweberstreik in Gera geht weiter

Reichshannemann beliefert keine Streikbrecher mit Gummi-Innupeln

200.000 Textilarbeiter wurden durch die Schiedsprüche des „neutralen“ Schiedsgerichtes die Lohnbedingungen für die nächsten zwei Jahre diktieren. Die 1200 Teppich- und Filzweber in Gera hat man in dieses Schanddiktat nicht mit einbezogen, weil die Unternehmer mit einem Wohlstand allein nicht zufrieden waren, sondern diesen Teppich- und Filzwebern, die zu den kämpferlichsten Textilarbeitern gehören, die den Textilunternehmern fast jedes Jahr erbitterte Kämpfe geliefert haben, eine entscheidende Niederlage beibringen wollten. Sie hätten sich allerdings irren, der Kampf geht jetzt schon die nächste Woche weiter. Die Verhandlungen sind bisher gescheitert. Durch das Anmerken von Streikbrechern glauben sie, die Teppichweber niederknien zu lassen. Dabei tut sich ganz besonders der Unternehmer H. A. P. P. in dessen Betrieb 700 Weber arbeiten, hervor. Dieser Halber ist Mitglied des Reichshannemann- und der Demokratischen Partei. Er hat sogar den Streikbrechern in seinem Betriebe die Gummi-Innupeln gekauft, damit sie die ihnen nach der Weimarer Verfassung zustehenden Rechte besser verteidigen können. Das sind die Elemente, bei denen Höflichkeit beliebt ist. Der Komplex der Arbeiter ist ungeduldig. Er ist ein Fels, daß die Arbeiter gar nicht davon denken, dem Unternehmer zu Knecht zu werden. Die Arbeiterchaft im Reich wird ermahnt, jeden Zugang von Streikbrechern zu verhindern.

Welche Betriebe umgestaltet werden und wie?

ARBEITEN FÜR DEN KOMMENDEN KRIEG? WELCHE KÖNNEN AUF DEN KRIEG SCHNELL UMGESTELT WERDEN UND WIE?

ARBEITERKORRESPONDENTEN VOR DIE FRONT BERICHTET AUF FÜRUM OBER DIESE FRAGE AN DIE ZEITUNG - DER BESTE BEFIND BEKOMMT DEN EHRENPLATZ IN DIESER ZEITUNG -

Die Wahl auf dem Bahnhof Naußlitz

Die Abstimmung zur Betriebsratswahl der Dresdner Straßenbahn brachte folgendes Ergebnis. Liste 1 Reformisten 141 Stimmen, Liste 2 Opposition 176 Stimmen und Liste 3 Christen 24 Stimmen.

Liste 1 2 3 Reform. Opposi. Christen
534 1027 183
Stimmen

4. Tag der Abstimmung Dresdner Straßenbahner kämpft gegen Arbeitsgemeinschaft, gegen reformistische und christliche Gewerkschaftspolitik! Wählt klassenbewußte rote Betriebsräte!

Stimmt für die Liste 2!

Gruner / Böge Lade / Berger